

er sich der Rechten aufs engste an und zeigte auf-
wärtig als Politiker eine durchaus konservative Ge-
staltung. Im Jahre 1898 vertiefte König Friedrich August
ihn als Kultusminister nach Dresden. Er ist Ehren-
doktor der Theologie, Dr.-Ing. und Domherr des Dom-
kapitels zu Meissen.

Finanzminister Ernst von Seydewitz, gebo-
ren 1852, studierte Rechtswissenschaft und war seit 1883
Regierungsdirektor im sächsischen Finanzministerium.
In ziemlich schneller Laufbahn stieg er bald zum Ge-
heimen Finanzrat auf und wurde schließlich zum Mini-
sterialdirektor für die dritte Abteilung (sächsische Eisen-
bahnen) ernannt unter Finanzminister von Müller; im
Jahre 1910 wurde er dessen Nachfolger. Seine Be-
deutung auf dem Gebiete des Verkehrswezens wird aus-
serhalb Sachsens allgemein anerkannt.

Die kommenden Tage.
Das „A. Tagebl.“ bringt zur Lage folgendes Stim-
mungsbild: „Der Wechsel in den obersten sächsischen
Staatsstellen lag bereits seit Tagen in der Luft. Wir
wir hören, sollte es aber zunächst an dem nötigen Ent-
schlusse dazu auf beiden hauptbeteiligten Seiten, so-
wohl an der entscheidenden Stelle wie bei den zurück-
getretenen Ministern und denen, die ihnen etwa
noch folgen. In einem der letzten Stadien der
Überlegungen habe der Minister des Innern den Vor-
schlag gemacht, das Ministerium solle in corpore
zurücktreten, in der Erwartung, daß dann Graf
Bixthum vom Könige den Auftrag erhalten würde,
ein neues Ministerium zu bilden. Darauf soll im
Kontrat eine lebhafte Auseinandersetzung
gefolgt sein, im besonderen soll der Kultusminister
entschieden gegen den Vorschlag opponiert haben. Dann
folgte die Erwägung, ob man Minister ohne Portefeuille
schaffen solle, das wurde aber von den Portefeuille-
inhaber abgelehnt. Auch der Plan tauchte auf, Vertrauens-
männer der zweiten Kammer in den Staatsrat
aufzunehmen, allein auch das wurde als zu un-
bedeutend aus der Kammer heraus abgelehnt. Eben-
so erging es dem Gedanken, einzelne Parteiführer
zu Ministerialdirektoren zu ernennen. Der Landtag
bekundete den festen Entschluß, einen bestimmenden Ein-
fluß auf die Regierung auszuüben, und zwar dadurch,
daß Vertrauensleute der zweiten Kammer als Mi-
nister herbeigeholt werden. Die weitere Entwicklung
bleibt abzuwarten, dürfte aber kaum lange auf sich
warten lassen.“

Ein Arbeitsministerium.
Wie man hört, ist die Gründung eines Arbeits-
ministeriums bestimmt in Aussicht genommen worden.
Die Leitung dieses neuen Ministeriums soll einem
sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten
übertragen werden. Ueber die Persönlichkeit, die
zum zukünftigen Arbeitsminister bestimmt ist, läßt sich
zurzeit noch nichts sagen. Der Wirkungsbereich des neuen
Ministeriums ist noch nicht fest umrissen, jedoch gehören
dazu Arbeitsnachweis und -vermittlung, Arbeiterfür-
sorge, Arbeitergerichtsgerichte und Arbeiterkammern.

Ein weiterer Rücktritt.
Sicherem Vernehmen nach tritt der Geheimrat
im Ministerium des königlichen Hauses Agl. Kabinetts-
sekretär und Lebenskanzler von Baumann demnächst
von seinem Posten zurück. Als sein Nachfolger nennt
man den Geheimen Hofrat in der Agl. Generaldirek-
tion der Hoftheater Dr. Adolph.

Feindliche Pressstimmen zur deutschen Antwortnote.

Englische Auffassung über die deutsche Note.

„Central News“ melden aus London: Man ist im
britischen Auswärtigen Amt der Ansicht, daß die deutsche
Antwort an den Präsidenten Wilson gerichtet ist, der
Präsident sich in erster Linie damit zu beschäftigen und
darüber zu entscheiden haben wird, ob sie an die assoziierten
Regierungen weitergeschickt wird. Bis dieses Stadium er-
reicht wird, ist es unerwünscht, irgend eine amtliche Er-
klärung abzugeben. Laut „Central News“ wird die
Antwort als unzufrieden beträchtet und besteht wenig
Zweifel, daß sie mit Bestimmtheit zurückgewiesen wird.

Die „Londoner Times“ schreiben: „Deutschland hat
weder geantwortet, ohne Antwort zu geben. Die deut-
schen konstitutionellen Reformen bezwecken, das Diktum eines
ungünstigen Friedens auf den bis jetzt machtlosen Reichstag
zu schieben. Das Schriftstück Solts ist ein Monument der
Unaufrichtigkeit und vorsätzlicher Unwahrheit. Die
unvermeidlichen Bedingungen für den Waffenstillstand oder den
Frieden, den die Entente Deutschland auferlegen will, werden
nicht geändert.“ „Daily Express“ sagt: „Es ist jetzt die Auf-
gabe der Allierten, festzustellen, ob Deutschlands Friedenswille
stark genug ist, um es zu zwingen, den Preis der Allierten
dafür zu zahlen und die Bedingungen anzunehmen, die zu
den Zielen führen, für welche die Allierten vier Jahre lang
gekämpft haben.“

Im Gegensatz dazu meldet dasselbe Blatt über die Auf-
nahme der deutschen Note an der Londoner Börse: Die
Note wird als Fortschritt der Friedensausichten
betrachtet.

Von einer Seite, die über die Stimmung des eng-
lischen Volkes ausgezeichnet unterrichtet ist und auch dem
englischen Auswärtigen Amt nahesteht, erzählt die „St. An-
thony“, daß die Friedenssehnsucht im englischen Volke
ebenso groß, wenn nicht noch größer ist, als in Deutschland.
Kein vernünftiger und besonnener Mann in England denkt
daran, sich für die überpannen Revancheforderung in
Frankreich einzusetzen. Das englische Volk will den
Frieden und weiß ihn gegebenenfalls bei der Regierung
durchzusetzen.

Französische sozialistische Äußerungen.
Die Pariser sozialistischen Blätter „Bataille“, „Populaire“
und „Stimanté“ scheinen zu bedenken, daß der Wiederbau
einen allzu scharfen Ton gebrauche, welcher den Feind
zu neuem Widerstand anspornt müsse. Andererseits glauben

Der heutige Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 24. Oktober.
Wöchentlich Kriegsberichtsblatt.

In der Dyoniederung dauern Teilkämpfe an.
Südwestlich von Deuze schlug die seit 14. Oktober
täglich im Kampf bewährte 52. Reservebrigade unter
Generalleutnant Waldborf erneute Angriffe des
Feindes an der Bahn Deuze-Waregen ab. Weid-
seits von Bichte setzten wir uns in vorletzter Nacht
vom Gegner etwas ab und schlugen den Feind, der
gestern in der Gegend von Kattestraat angriff, zurück.
Auf feindlicher Seite haben sich belgische Landes-
einwohner an diesen Kämpfen beteiligt. Tour-
nal und Valenciennes liegen unter englischem
Feuer. Bei Tournai und in der Scheldenniederung er-
folgreiche Vorfeldkämpfe. Weidseits von Solemes
und Le Cateau nahm der Engländer mit frisch
eingesetzten Divisionen auf fast 30 Kilometer breiter
Front seinen mit großen Zielen angelegten Angriff
wieder auf.

Im Harpiesgrund ist sein erster Ansturm am
frühen Morgen gescheitert. In wiederholten Angriffen
stieß er im Laufe des Tages beiderseits von Romet-
tes bis in die Gegend von St. Martin und Sals-
has und mit Teifen auf Beaupigniez vor. In der
Mitte der Schlachtfront drängen wir den beiderseits
der Rometstraße, Le Cateau-Babax angreifenden Feind
in der Linie Poiz-Bouffes zum Stehen. Nördlich
von Poiz haben die schon in den letzten Schlachten
besonders bewährten Radfahrertruppen weiteres Vor-
dringen des Gegners verhindert. Südöstlich von Le
Cateau sind mehrlache Anstürme des Gegners völlig
abgewehrt. Zwischen Pommereuil und Catillon
kämpfende schlesisch-holländische, mecklenburgische, han-
seatische und württembergische Regimenter haben ge-
gen gewaltige Uebermacht ihre Stellungen be-
halten. Das Infanterieregiment Nr. 122 unter seinem
Kommandeur Oberst von Albert hat hier Besonde-
res geleistet. Südlich von Catillon blieben die gegen
den Sambre-Disekanal vorbereiteten Angriffe vor
diesen in unserem Feuer liegen. Zwischen Elise und
Terre zeitweilig heftiger Kampf, dem auf dem Nord-
ufer der Sambre feindliche Angriffe folgten. Sie wur-
den in unserem Feuer und durch Gegenstoß abgewiesen.
Zellangriffe des Gegners gegen den Souché-Abchnitt
nördlich von Pierrepont scheiterten. Das engbewohnte
und mit Mischlingen angefüllte Longcorner liegt
unter starkem feindlichem Feuer. Ostlich der Mère
beschränkte sich der Feind gestern auf sehr starke, durch
heftiges Feuer unterstützte Zellangriffe. Bayern und
Württemberg und württembergische Pioniere haben
die Höhen nördöstlich von Vouziers gegen viermaligen
Ansturm gehalten. Ostlich von Vouziers taten sich
in den letzten Kämpfen Teile der ersten Gardeinfan-
teriedivision unter Major Graf von Eulenburg
besonders hervor. Zwischen Elize und Grandpre
schlugen elsass-lothringische, thüringische und heftige Re-
gimenter feindliche Angriffe ab. Die Hauptlast des
Kampfes trug das Infanterieregiment Nr. 17, das sich
widerum unter seinem Kommandeur Major Stobbe
besonders bewährte. Auf beiden Maasufsern nah-
men die Angriffe der Amerikaner wieder großen
Umfang an. Aus den Wäldern von Grandville und
nördlich von Camel stießen sie mit stärkeren Kräften
und von Panzerwagen begleitet, gegen unsere Linien
vor. Sie wurden abgewiesen und erlitten in unserem
zusammengesetzten Feuer besonders schwere Ver-
luste. Ostlich der Maas dauerten heftige Kämpfe
um die Waldhöhen beiderseits der Straße Con-
voye-Dambillers bis zum Abend an. In har-
tem Kampf und in erfolgreichen Gegenstößen warfen
brandenburgische und sächsische Bataillone den mehr-
fach anstürmenden Amerikaner zurück.

Heeresgruppe von Gallwitz.
In heftigen Gefechtskämpfen haben unsere Nachhut
die bezogenen neuen Stellungen beiderseits von Paradin gesichert.
Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Staatssekretär Fischbeck über die Kriegsanleihe:
Deutschland wird niemals eine
Regierung haben, die nicht einmütig
hinter der Kriegsanleihe steht.

Jos. Meißner

Im Sept. und Okt. 476000 Tonnen
versenkt und beschädigt!

(Amtlich.) Berlin, 23. Oktober. Im Monat September
haben die Mittelmächte rund 440000 Brt. des für unsere
Feinde nutzbaren Handelschifftraumes vernichtet.
Nach neuen Berichten sind außerdem weitere 36000 Brt.
Schiffsraum durch unsere kriegerischen Maßnahmen schwer
beschädigt in feindliche Häfen eingebracht.
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Jetzt Militärminister, wie Oberst Bouffet und Fabry, daß
die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, Hindenburg könne
seine Reserven umgruppieren und eine Wendung der
Kriegslage erzielen.

Deutschland soll sich unterwerfen.
Der amtliche Wortlaut der deutschen Note ist vorgestern
in Washington eingetroffen. Wie das Reutersche Bureau
von dort meldet, soll unter den Kongressmitgliedern, nament-
lich unter den Republikanern, die Stimmung für Beendi-

gung der Unterhandlungen gewesen sein. Der Senats-
auschuß für auswärtige Angelegenheiten möchte die Note
dem Urteil des Verbandes unterbreiten lassen, bevor
Wilson darauf antwortet. Eine Neutermelung lautet: Eine
amtliche Mitteilung über die Antwort ist fürs erste noch nicht
ergangen. In nichtamtlichen Äußerungen indes herrscht
Uebereinstimmung, was die Hauptpunkte angeht, daß nämlich
ein baldiger Friede noch nicht zu erwarten ist und
daß kein Waffenstillstand gewährt werden sollte, es sei denn
unter Bedingungen, die für immer den deutschen Milli-
tarismus vernichten.

Der Korrespondent der „New York Times“ meldet aus
Washington, Wilson werde nur mit der bedingungslosen
Uebergabe Deutschlands zufrieden sein. Ein Waffen-
stillstand ist unmöglich, solange nicht Deutschland ohne Un-
schweife die Forderungen Jochs annimmt. Wenn es das
nicht tut, dann werden die Allierten warten, bis die Siege
dieser Tage Früchte getragen haben.

Die angeblichen deutschen Zerstörungen in Frankreich und Belgien.

Feststellungen der neutralen Kommission.
Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht das ausführ-
liche Protokoll der neutralen (holländisch-spanischen) Kom-
mission, die in den besetzten Gebieten Frankreichs und
Belgiens die feindlichen Vorwürfe über angebliche deutsche
Zerstörungen und Plünderungen zu untersuchen hatte.
Die Kommission kam zu folgender Feststellung:
Die Befandten Spaniens und Hollands müssen bei-
dem Verständnis für die Bevölkerung, die ihre Wohnstätten
nicht zu verlassen wünscht, besonders bei der gegenwärtigen
Lage Belgiens, anerkennen, daß für diejenigen Städte, die
sich in der Verteidigungslinie selbst befinden, eine voll-
ständige Evakuierung als ein Vorgehen der Mensch-
lichkeit betrachtet werden muß. Zweifellos kann die
Bevölkerung, die die Wietungen und Notwendigkeiten des
Krieges nicht kennt, die ihr bei einer fortgesetzten bestigen
Beschädigung drohende Gefahr, besonders wenn es zur
Flucht zu spät ist, nicht voraussehen. Die Befandten
erkennen gern an, daß die Maßnahmen, die von den
deutschen Behörden in den Städten, denen die Beschädigung
drohte, ergriffen worden sind, stets von der Sorge um
die Lage der Bevölkerung getragen waren, deren
trauriges Los sie, so gut es ihnen möglich war, zu mildern
bemüht gewesen sind.

Die Vorgänge in Ungarn.

Forderungen des Grafen Karolyi.
Das ungarische Abgeordnetenhaus verhandelte ver-
gestern den Antrag des Grafen Karolyi über die sofortige
Inkraftsetzung der Personalunion und der Selbststän-
digkeit Ungarns. Graf Karolyi fasste seine Forderungen
in folgende zehn Punkte zusammen:
1. Eine neue demokratische Regierung. 2. Die sofortige
Einstellung des Krieges. Die ungarischen Sol-
daten sollen aus dem Ausland zurückgezogen werden.
Die Friedensverhandlungen müssen unverzüglich ein-
geleitet werden. 3. Der König soll in Budapest wohnen.
4. Ein selbständiges auswärtiges Ministerium. Der unga-
rische Sonderminister soll über das ungarische Heer allein
zu bestimmen haben. 5. Das Bündnis mit dem
Deutschen Reich soll aufgelöst werden. 6. Mit
den ungarischen Nationalitäten sollen Verhandlungen an-
genommen werden. 7. Die slavische Unabhängigkeit
soll anerkannt werden, wenn der Hafen Triume und der
Zugang zu Ungarn gesichert wird. 8. Eine breite Wahl-
reform mit Einschluß aller Männer und Frauen soll ge-
schaffen werden. 9. Die Zensur soll abgeschafft und die
Freiheit der Vereine und Versammlungen gewährleistet
werden. 10. Eine neue Regierung soll alles zur Rettung
des Landes Erforderliche veranlassen.

Ministerpräsident Wekerle erklärte darauf, Ungarn
könne abgefordert von Deutschland keinen Frieden
schließen, nicht nur aus Gründen der Landesvertei-
digung, sondern weil auch deutsche Soldaten an ungarischen
Fronten ständen. Was den Frieden betreffe, so sei bekannt,
daß die Regierung den Schritt unternommen habe. Die
Antwort des Präsidenten Wilson habe jedoch nur heraus-
gerissene Fragen behandelt und nicht die eigentliche Waffen-
stillstandsfrage. Die Regierung könne keine tschechisch-
slowakische Kriegsführende Partei. Sie erkenne auch
nicht die tschechisch-slowakische Vereinigung an. Die Slo-
waken hätten sich im Gegenteil in vielfachen Kundgebungen
so geäußert, daß sie bei Ungarn bleiben wollten. Was
den tschechisch-slowakischen Staat betreffe, so haben wir
gegen die Vereinigungen Kroatiens, Bosniens und Dal-
matiens nichts einzuwenden, doch können sich die Länder
nicht aus dem Verbande der heiligen Stephanskronen lö-
sen. Nachmittags sprach Graf Tisza. Er stellte u.
a. fest, daß auf das Ultimatum an Serbien, an dem
er mitgearbeitet habe, weder Kaiser Wilhelm noch sonst
ein deutscher Faktor Einfluß gewonnen habe.

Seine politische Meinungen.

Graf August zu Eulenburg, der Minister des Königlich
Haus, vollendet das 80. Lebensjahr. Seit 59 Jahren steht Graf
Eulenburg im Dienste des preussischen Hofes, zuerst als Hofmarschall
des damaligen Kronprinzen, dann als Oberregimentskommandeur und
von 1888 ab lange Jahre hindurch als Oberregimentskommandeur, Ober-
hof- und Hausmarschall. Seit dem Rücktritt des Ministers v. Wedel
steht er an der Spitze des Ministeriums des Königl. Hauses. Graf
Eulenburg ist General der Infanterie à la suite des Königs.

Seine Erkrankung des Reichstages. Der Reichstags-
präsident an einer solchen Gruppe erkannt. Er blieb die Zeit auch der gestrigen
Redeangabe fern.
Wilson und der Verfall der Kriegslage. Die „Evening
Post“ meldet aus Washington, daß Wilson nunmehr Mitglied des
Verfall der Kriegslage geworden sei, an dessen Bestimmungen er sich
auf telegraphischem Wege beteilige.

Für eine tschechische Republik. Das sozialdemokratische
Prager Blatt „Pravo Lidu“ wendet sich in einem Artikel schriftlich
gegen den Abbel und schreibt: „Der tschechische Abbel tritt wieder aus
Ingesicht und bekennt sich zur tschechischen Nation. Im tschechischen
Staats wird aber kein Platz für den Abbel sein. Was ist eine der
Forderungen der tschechischen Demokratie, die Aufhebung aller
Abbelittel durchzusetzen.“